

FRAKTION GRÜNE ARBEITNEHMER IN DER AK WIEN

152. Tagung der Vollversammlung
der Kammer für Arbeiter und Angestellte Wien
am 03. November 2009

Antrag 03

Ökologisch-sozialer Marshall-Plan

Die AK Wien spricht sich für einen ökologisch-sozialen Marshall-Plan in Europa aus.

Der Umweltschutz, die Wirtschaft und die soziale Absicherung der Bevölkerung liegen im Argen. Bisher haben die Regierungen in Europa sowohl auf ökonomischer als auch ökologischer Ebene weitgehend versagt. Dass die Wirtschaftskrise aus Amerika importiert ist, dient den europäischen Politikern als Ausrede für ihr Unvermögen, die eigene Wirtschaft auf gesunde Beine zu stellen. Die Wirtschaft kann langfristig gesehen nur funktionieren, wenn ökologische und soziale Aspekte nicht außer Acht gelassen werden.

Es ist höchste Zeit, die Wirtschaft so umzustellen, dass sie ökologisch, sozial und nachhaltig abläuft. Der ungebremsste Neoliberalismus hat sich als genauso schädlich erwiesen wie die kommunistische Planwirtschaft.

Je eher und früher wir ganz Europa auf ein ökologisch-soziales Marktwirtschaftssystem umstellen, desto eher werden wir die derzeitige Krise beenden. Es braucht daher konzentrierte Anstrengungen in ganz Europa, einen ökologisch-sozialen Marshall-Plan. Eine derartige Umstellung erfordert zunächst starke finanzielle Mittel, würde aber langfristig zusätzliche sichere Arbeitsplätze schaffen und die Wirtschaft dauerhaft beleben und absichern.

Dazu müssen bestimmte Kriterien in der Wirtschaft erfüllt sein:

- 1) Freie Marktwirtschaft nur unter strengen staatlichen Rahmenbedingungen, die ökologische und soziale Folgewirkungen berücksichtigen.
- 2) Es dürfen auf lange Sicht nur Waren und Dienstleistungen gehandelt werden, die bestimmte ökologische und soziale Mindeststandards erfüllen (kein ökologisches oder soziales Dumping durch Auslagerung von Firmen und Produktionen in Billig-Lohn-Länder).
- 3) Starke Absicherung von systemisch wichtigen Wirtschaftszweigen (Daseinsvorsorge).
- 4) Kein Verschleudern von Ressourcen des Landes (z.B. Ausverkauf des Wassers, staatlich wichtige Industriezweige, kein Cross-Border-Leasing, etc.)
- 5) Starke Regelung des Finanzmarktes und Zinsensystems.
- 6) Wiederherstellen von mehr Verteilungsgerechtigkeit durch z.B. Transaktionssteuern bei Börsengeschäften, stärkere und progressive Vermögensbesteuerung ab einer Mio. Euro.